INTERNATIONALES ÄRZTLICHES BULLETIN

BULLETIN MÉDICAL INTERNATIONAL / INTERNATIONAL MEDICAL BULLETIN

MEZINÁRODNÍ LÉKAŘSKÝ BULLETIN

Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte

Februar 1934 Praha / Prag / Prague Nummer 2

Editorial Staff – Rédaction – Schriftleitung:

Senator Dr. Arnold Holitscher - MUDr. Augustin Turek

Inhalt / Sommaire / Contents

Preis der Nummer: ČSR. cena čísla Kč 3·–, ročně Kč 30·–; France Frs 2·50, par an Frs 25·– et frais de porto; England sh 0·75, yearly sh 7·50 plus postage; Polska Zl. 0·75, rocznie Zl. 7·50; Schweiz Frs 0·60, jährlich Frs 6·–; Dänemark K 0·70, jährlich K 7·– usw.

Das Internationale Ärztliche Bulletin erscheint zehnmal im Jahre

Rédaction et administration: Praha XII., Čáslavská 15



International Federation of Socialist Physicians.

1. The International Federation of Socialist Physicians is the union of the physicians of all countries, who profess socialism and class-struggle.
2. The organisations of the socialist physicians of all countries affiliate to the international federation; they may be affiliated to any socialist party or be erected on socialist lines on non-party basis.
3. In countries without such organisations each socialist doctor may be affiliated either directly to the international federation or to the organisation of a neighbour-country.
4. The provisional committee, consisting of one or two members of the affiliated organisations, will have a meeting, when it is wanted.
5. The International Federation keeps a bureau, the provisional seat of which is in Prague. Publishing organs are the monthly „Medical International Bulletin" and the papers of the other sections.
6. The bureau gathers, transmits and publishes materials about all questions important to socialist physicians and prepares international actions in connection with the political labour organisations and trade-unions.
7. The bureau prepares sections to be founded where not yet existing.
8. The bureau is sustained by the affiliation fees of the national sections, the heigh of which is still to be fixed.

Organe der I. V. S. Ä.

„Internationales Ärztliches Bulletin." Praha XII., „Solidarita", Čáslavská 15.

„The Socialist Doctor." The Official Organ of the Socialist Medical Association. Secretary: Dr. C. W. Brook, 72, Balham Park Road, London SW. 12.

„Sociálně Zdravotní Revue." Vydavatel: Svaz československých lékařů soc. dem. Hlavní redaktor: MUDr. Max Popper, Praha I., Vězeňská 9.

„Sozialärztliche Rundschau." Organ des Reichsverbandes der soz. dem. Ärzte Österreichs und des Vereines der deutschen soz. dem. Ärzte in der Čechoslovakischen Republik, Wien V., Rechte Wienzeile 97.

„Mitteilungsblatt der V. P. O. D., Sektion Ärzte." Zürich, Postfach Außersihl.

„Socialistisk Medicinsk Tidskrift." Für Norwegen, Schweden, Dänemark. Redakteur Dr. Karl Evang, Oslo, Stryt. 12.

Internationales Ärztliches Bulletin

Bulletin Médical International / International Medical Bulletin
Mezinárodni Lékařský Bulletin

Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte

Februar 1934 Praha / Prag / Prague Nummer 2

Zum Bonhoeffer-Gutachten im Fall Lubbe.

Von MUDr. T. Nefeklus, Prag.

Wir wollen mit der Feststellung, daß der „Reichstagsbrandstifter", der hingerichtete Holländer van der Lubbe, während der ganzen Zeit des Leipzig—Berliner Prozesses sicher geisteskrank gewesen ist, nicht den Anspruch auf Originalität erheben: Ärzte und Laien sind hierin wohl einer Meinung. Wir können nach unzähligen und undementierten Pressenachrichten sein Verhalten während dieser Zeit nur als schweren Stupor bezeichnen, der zeitweise von lebhafteren Emotionen durchbrochen wurde, darunter einmal mit sicheren Halluzinationen. Es ist ärztlicherseits gar kein Zweifel über die Tatsache seiner Geisteskrankheit möglich und das einzige Problem — das, wie wir vorwegnehmen wollen, wohl nicht sobald, und sicher nicht von uns Außenstehenden gelöst werden wird — ist die Differentialdiagnose seiner Erkrankung. Da es sich, dem äußeren Habitus und der prämorbiden Persönlichkeit Lubbe's nach, zweifellos um eine psychopathische Konstitution handelt, ist es sowohl möglich, daß sein Stupor das Symptom einer Haftpsychose wie auch eines Schubes von Schizophrenie war. Was diese letztere Krankheit betrifft, so gibt es z. B. in der Prager Landesanstalt einen Kranken, der seit zwei Jahren in der typischen Van der Lubbe-Haltung herumsitzt. Ein anderer Kranker lag sieben Wochen vollständig passiv da, mußte gefüttert und reingehalten werden wie ein kleines Kind. Es ist auch an einen hysterischen Dämmerzustand zu denken, und ganz besonders ist die Frage einer Hyoscinvergiftung in Erwägung zu ziehen. Diese Version, die immer wieder auftaucht, hat aus zwei Gründen einige Wahrscheinlichkeit für sich: Das, was alle wissen — die verdächtige Eile und Heimlichkeit der Hinrichtung und des Begräbnisses, weiter die Brüskierung Hollands durch die Nichtausfolgung der Leiche — und zweitens die Tatsache, daß eine Vergiftung mit Hyoscin technisch deswegen leichter und heimlicher durchzuführen ist als mit irgendwelchen anderen Giften, weil die Dosen, die hier in Betracht kommen, sehr klein sind. Denn bei den therapeutisch wirksamen Dosen handelt es sich um Tausendstellösungen, von denen wir nur dreimal 10 Tropfen täglich geben. Die Maximaldosis für Erwachsene beträgt 0,0005 pro dosi und 0,0015 pro die. Was über diese minimalen Mengen hinausgeht,

wirkt also bereits toxisch. Außerdem widerspricht das Zustandsbild van der Lubbes in keiner Weise dem bei Hyoscinvergiftungen geschilderten: Stupor, Passivität, zeitweise unmotiviertes Lachen, Bewegungsarmut, undeutliche Sprache, Halluzinieren. (Čas. čes. lék. 1931/I.).

Bei einem so klaren Sachverhalt, daß man nur noch die Differentialdiagnose, nicht mehr aber die Tatsache der Geisteskrankheit selbst diskutieren kann, erhebt sich nun eine, den Arzt besonders interessierende Frage: Wie konnte es geschehen, daß in den Sachverständigen-Gutachten van der Lubbe wiederholt als geistig gesund bezeichnet, auf Basis dieser Gutachten als verantwortlich verurteilt und zum Schluß hingerichtet wurde? Da wir hinter die Kulissen dieses Dramas nicht sehen können, bleibt für uns nur der Weg der Konstruktion offen: 1. Der Sachverständige sah entweder Lubbes pathologischen Geisteszustand nicht, oder 2. er wollte, bzw. durfte ihn nicht sehen — er „dissimulierte" ihn, schonend ausgedrückt.

1. Ist es möglich, daß er ihn nicht sah?

Der Gutachter — der einzige, der als Diskussionsgrundlage für uns in Frage kommt — war Prof. Bonhoeffer, seit Jahren ordentlicher Professor für Psychiatrie an der Berliner Medizinischen Fakultät. Ist es möglich, daß ein Psychiater von Rang und Namen — als solchen haben wir Bonhoeffer bis jetzt gekannt — einen schweren Stupor ignoriert — eine sichere Halluzination mit der merkwürdigen Schlußfolgerung erledigt: Es ist keine Halluzination, denn da Lubbe ja normal ist, hat er keine Halluzinationen — also Voraussetzung und Folgerung umkehrt — und aus Ignoranz zu einer Fehldiagnose geistiger Gesundheit kommt, die nicht nur einen Irren dem Henker überliefert, sondern die ärztliche Wissenschaft des Dritten Reiches vor der Welt lächerlich macht? Oder ist nicht vielmehr die andere Version die wahrscheinlichere, daß der Gutachter zwar sah, was nicht zu sehen selbst einem Laien schwer fiele, aber dennoch, gegen seine Überzeugung, das Gutachten in dieser Weise ausstellte? Wir sträuben uns, es auszusprechen, so grauenhaft ist für uns die Vorstellung, daß ein Arzt, also unseresgleichen, sich gegen sein besseres Wissen zum Henker an einem schutzbefohlenen Kranken hergibt — daß ein Psychiater, der außer Arzt auch Kämpfer für den gesetzlichen Schutz seiner Patienten sein mußte, zu deren tückischem Mörder wird. Denn wir wissen — und im Gesetz ist dafür Sorge getragen — daß kaum ein Kranker so schutzlos ist, wie der Geisteskranke, der ja eben des Schutzinstrumentes beraubt ist, seines gesunden Verstandes, und deswegen gesetzlich noch mehr geschützt ist, als selbst der Minderjährige. Zu dieser inferiorsten Handlung, die für einen Arzt und Psychiater denkbar ist, dem Mord an einem Geisteskranken die wissenschaftliche Basis des ärztlichen Gutachters geliefert zu haben, hat sich Professor Bonhoeffer hergegeben, der Erste seiner Fachkollegen im Dritten Reiche. Das Urteil vor der ärztlichen und

Kulturwelt hat er damit nicht nur sich, sondern der ganzen deutschen Wissenschaft von heute geschrieben. Wir wissen nicht, wer mehr zu bedauern ist: Professor Bonhoeffer, der unter dem Zwang seines Regimes so gehandelt hat, oder ein Regime, das es notwendig hat, zu solchen Maßnahmen seine Zuflucht zu nehmen, die seine ersten Wissenschaftler im Niveau tief unter den Henker drücken und der ganzen Welt die Jämmerlichkeit und Käuflichkeit von deutschen Universitätsprofessoren demonstrieren, den Erziehern und Führern der jungen akademischen Generation.

Resumé.

Lubbe, který byl jistě podle nezvratných zpráv po dobu procesu duševně churav — nacházel se ve stavu stuporosním a halucinoval — byl přes to v lékařském dobrozdání uznán za zdravého, odsouzen a popraven. Poněvadž osobnost odborného znalce — p. prof. Bonhoeffera — omyl bona fide skoro úplně vylučuje, musí se předpokládati, že falešné vysvědčení bylo vystaveno pod morálním tlakem, který z lékaře a psychiatra činí kata, k jeho ochraně svěřeného pacienta a německou vědu, jakož i vládu samu před kulturním světem hanobí.

Résumé.

D'après toutes les nouvelles qui ne furent pas démenties, Lubbe était aliéné sans doute pendant le procès de Leipzig. Il était stupéfait et avait des hallucinations.

Néanmoins Lubbe fut déclaré sain et c'est selon la consultation qu'il fut condamné et supplicié.

Le célèbre expert, le professeur Bonhoeffer, rend presque impossible une erreur commise bona fide. Il faut admettre une attestation fausse résultante d'une contrainte morale changeant le médecin et psychiatre en bourreau de son malade. Un tel médecin prostitue la science allemande et dénonce le régime criminel aux yeux du monde civilisé.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung im Bergbau

unter besonderer Berücksichtigung der Čechoslovakischen Republik.

Von JUDr. Viktor Haas in Mährisch-Ostrau.

Die Grubenkatastrophe in Ossek in Böhmen, der 142 Bergarbeiter zum Opfer fielen, hat das Gewissen der Welt wachgerüttelt und die Augen auch der sozial Uninteressierten dem Schicksal der Bergarbeiter zugewendet. Das auf bloßem Mitleid beruhende Interesse verschwindet nur allzu rasch und weicht der Gleichgültigkeit, Stumpfheit und dem Profitinteresse. Der durch alle Blätter des In- und Auslandes gehende Aufschrei des Entsetzens über die ungeheure Katastrophe, welche um so grauenhafter wirkt, weil 129 Bergarbeiterleichen nicht einmal zutage gefördert werden konnten und im brennenden Schachte ihr Grab finden mußten, das in Beileidskundgebungen und in Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer sich manifestierende Mitgefühl darf die Bergarbeiter nicht täuschen und zu der irrtümlichen Anschauung verleiten, daß sie auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lage von dem Mitleid erwarten können. Einzig und allein der unermüdliche Kampf der Bergarbeiter um die in einem besonderen gesetzlichen Schutze zum Ausdrucke gebrachte Anerkennung der besonderen Gefahren der Bergarbeit bietet die Gewähr dafür, daß sich die Zahl der Opfer der Bergarbeit

vermindert. Dieser Kampf muß gleichzeitig geführt werden um den besonderen Arbeiterschutz und um die besondere Arbeiterversicherung im Bergbau. Der Arbeiterschutz im engeren Sinne umfaßt jene Rechtsnormen, welche die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Arbeiters vor den Gefahren der Arbeit schützen sollen, während der Arbeiterversicherung die Sorge um den Arbeiter und seine Angehörigen für den Fall der Arbeitsunfähigkeit oder des Todes des Arbeiters obliegt.

Es wird vielfach behauptet, daß die Zahl der Betriebsunfälle im Bergbau in den letzten Jahren in ständigem Rückgange begriffen ist. Aus den statistischen Zahlen des čechoslovakischen Bergbaues, dessen technische Ausrüstung derjenigen des reichsdeutschen und englischen Bergbaues nicht nur gleichkommt, sondern sie in mancher Beziehung überragt, ergibt sich mit voller Klarheit, daß die Unfallsgefahr im Bergbau in ständigem Steigen begriffen ist. Mit Rücksicht auf die vielen eingelegten Feierschichten kann man ein richtiges Bild der Unfallsgefahr nicht erhalten, wenn man die Zahl der Unfälle auf die Zahl der im Arbeitsverhältnis stehenden Bergarbeiter umlegt, da ein Arbeiter, der wöchentlich nur zwei bis drei Schichten verfährt, selbstverständlich einer geringeren Unfallsgefahr ausgesetzt ist als ein Arbeiter, der 6 Wochenschichten arbeitet. Die einzige, ein richtiges Bild gebende Relativzahl, wird gewonnen durch Umlegen der Zahl der Betriebsunfälle auf die tatsächlich geleisteten Schichten (Arbeitstage). Für den gesamten Bergbau der Čsl. Republik ergibt sich für die Jahre 1925 bis 1932 das folgende Bild:

Jahr	Anzahl der Arbeitstage	Anzahl der schweren und tödlichen Unfälle	Auf 10.000 Arbeitstage entfallen schwere u. tödliche Unfälle
1925	29,079.007	6358	2,1865
1926	28,763.017	6706	2,3315
1927	29,328.854	7013	2,3912
1928	29,694.786	6704	2,2576
1929	31,798.191	7617	2,3954
1930	28,217.103	7522	2,6658
1931	24,454.258	6638	2,7145
1932	20,083.561	5552	2,7644

Anmerkung: Unter schweren Unfällen werden jene Betriebsunfälle verstanden, welche eine Gesundheitsstörung oder Berufsunfähigkeit von mindestens 20tägiger Dauer zur Folge haben, oder bei welchen es zu einer Verletzung kam, die ohne Rücksicht auf die Dauer der Berufsunfähigkeit vom rein ärztlichen Standpunkte als eine an sich schwere erscheint.

In den eben angeführten Zahlen sind auch die zahlreichen kleinen Tagbaue, ferner die Erzgruben usw. und alle Obertagsarbeiten inbegriffen; wesentlich höher ist die Unfallsgefahr im Steinkohlenbergbau des Ostrau-Karwiner Steinkohlenbergrevieres, was sich aus der folgenden Tabelle ergibt; auch diese Statistik umfaßt alle Koksanstalten und sonstige Obertagsarbeiten.

Jahr	Anzahl der Arbeitstage	Anzahl der schweren und tödlichen Unfälle	Auf 10.000 Arbeitstage entfallen schwere u. tödliche Unfälle
1925	9,885.822	3040	3,0751
1926	9,730.681	3234	3,3235
1927	9,645.419	3622	3,7552
1928	9,855.224	3451	3,5017
1929	10,686.374	3962	3,7075
1930	9,182.152	3827	4,1679
1931	7,857.275	3245	4,1299
1932	6,053.336	2842	4,6949

Das ständige mit der Rationalisierung zusammenhängende Steigen der Unfallsgefahr im Bergbau erfordert eine entsprechende Verbesserung der Schutzmaßnahmen und der Sozialversicherungseinrichtungen für den Bergbau.

Diese Notwendigkeit der Steigerung der Schutzmaßnahmen und der Verbesserung der Sozialversicherungseinrichtungen folgt nicht allein aus dem Steigen der Unfallsgefahr, sondern auch daraus, daß durch die Rationalisierung ein wesentlich rascherer Verschleiß der Arbeitskraft eintritt und daß der Bergbau um neue spezifische Berufskrankheiten bereichert wurde, beziehungsweise daß gewisse Berufskrankheiten häufiger eintreten.

Die im Anschluß an die Grubenkatastrophe am Nelsonschachte in Ossek gepflogenen Verhandlungen haben neuerlich bestätigt, daß ein wirksamer Schutz der Arbeiterschaft durch die besten positiven Schutzvorschriften keineswegs gewährleistet ist. Die wesentliche Voraussetzung eines wirksamen Schutzes der Bergarbeiter gegen die Gefahren der Bergarbeit ist eine unabhängige, mit den entsprechenden Machtvollkommenheiten ausgestattete, personell und technisch bestens ausgerüstete Bergwerkinspektion. Daher konzentrierten sich stets alle auf die Reform des Arbeiterschutzes im Bergbau abzielenden Bestrebungen der organisierten Bergarbeiter in erster Reihe auf die Reform und Ausgestaltung der Bergwerksinspektion. Die Hauptforderungen der Bergarbeiter in dieser Richtung waren und sind: Schaffung eines eigenen Amtes für Bergwerksinspektion, Ausstattung dieses Amtes mit weitreichendster Verfügungsmacht, Ernennung einer entsprechenden Zahl von Bergwerksinspektoren aus den Reihen der Bergarbeiter über Vorschlag der gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter, entsprechender Einfluß auf die Durchführung der Bergwerksinspektion.

Die besonders große Unfalls-, Krankheits- und Invalidisierungsgefahr im Bergbau machte die Bergarbeiter zur Avantgarde im Kampfe um die Arbeiterversicherung und ihre fortschreitende Ausgestaltung. Die Bergarbeiter besaßen daher in vielen Staaten eine ausgebaute Sozialversicherung bereits zu einer Zeit, als die Arbeiter anderer Berufszweige einer Sozialversicherung noch entbehrten. Unter der falschen Parole der „Notwendigkeit des Abbaues der sozialen Lasten" zwecks „Ankurbelung der Wirtschaft" versucht man nunmehr auch vielfach an die berufsgenossenschaftliche Versicherung der Bergarbeiter zu greifen. Bei diesen sich zusehends vermehrenden und verschärfenden Angriffen auf die Selbständigkeit der Bergarbeiterversicherung wird mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß die organisierte Arbeiterschaft selbst stets die Forderung nach Einheitskassen erhoben hat. Dieser absichtlich irreführenden Argumentation gegenüber sei besonders betont, daß die Forderung nach Einheitskassen gegen die Aufrechterhaltung nicht leistungsfähiger Zwergkassen gerichtet war, jedoch niemals und nirgends das Ziel verfolgte, das besonders hohe Risiko der Bergarbeiter entweder auf andere Gewerbezweige zu überwälzen oder nicht zu berücksichtigen. Und gerade um diese Nichtberücksichtigung des besonderen Risikos der Bergarbeit geht es bei den Angriffen auf die selbständige berufsgenossenschaftliche Versicherung der Bergarbeiter, da ja die „sozialen Lasten abgebürdet werden sollen". Es würde zu weit führen, die heuchlerischen Worte von den die Wirtschaft erdrückenden sozialen Last im Detail zu bekämpfen und zu widerlegen. In treffender Weise hat das Internationale Jahrbuch der Sozialpolitik für das Jahr 1931 mit dieser Phrase abgerechnet mit den Worten: „Wenn man versucht hat, den Trägern der Sozialversicherung die Schuld an dem Wachstum der sogenannten sozialen Belastung zuzumessen, so ist dies ungerecht. Die soziale Belastung ist nicht von der Versicherung erzeugt worden, sie entsteht vielmehr durch das Dasein der Krankheit, der Gebrechlichkeit, vorzeitiger Entkräftung usw. Die Versicherung ist lediglich das beste bisher entdeckte Mittel zur Abdeckung der sozialen Belastung."

Der Zweck jeder Sozialversicherung ist die Behebung der dem Arbeiterleben anhaftenden Unsicherheit. Daher muß bei der Organisation der Sozialversicherung Bedacht genommen werden auf den Grad dieser Unsicherheit in den einzelnen Berufszweigen. Das besondere Risiko der bergmännischen

Arbeit muß vor allem in einem besonderen Leistungsschema und in einer besonderen Definition des Begriffes der Invalidität im Sinne der Berufsunfähigkeit zum Ausdrucke kommen. Ein Bergarbeiter, der als qualifizierter Arbeiter zu betrachten ist, findet im Falle seiner Berufsunfähigkeit nirgends eine qualifizierte Beschäftigung; falls er Arbeit findet, dann ist er immer sozial degradiert. Die Zuerkennung der Rente für den Fall der Berufsunfähigkeit ist ein Ausgleich des aus der sozialen Degradation erwachsenden Schadens. Es ist selbstverständlich, daß die Berücksichtigung des besonderen Risikos der Bergarbeiter in der Versicherung in der Höhe der Prämien zum Ausdrucke kommt, d. h., daß die berufsgenossenschaftliche Versicherung der Bergarbeiter sowohl in der Krankenversicherung als auch in der Invaliden- und Altersversicherung teurer ist. Es soll in Kürze auf die Frage eingegangen werden, wen die aus dem besonderen Risiko fließenden Kosten der Versicherung zu treffen haben. Professor van der Borght verweist in zutreffender Weise darauf, daß die die Erwerbsfähigkeit des Arbeiters bedrohenden Gefahren sich zum Teile aus seinem Berufe und zum Teile aus den allgemeinen sozialen und insbesondere hygienischen und gesundheitlichen Verhältnissen ergeben; insoweit sich die Gefahren aus den allgemeinen Verhältnissen ergeben, müsse der Staat zur Deckung der Versicherung gegen diese Gefahren beitragen (Artikel „Aufbringung der Mittel" in der I. Auflage des „Versicherungslexikon"). Da in dem Arbeitslohne auch das Risiko der Arbeit vergütet werden muß, müßte der Teil der Versicherungsprämien, welcher auf die mit dem Berufe verbundenen Gefahren entfällt, ausschließlich den Arbeitgebern auferlegt werden (Prof. Engliš: Nationalökonomie S. 431 ff.). Trifft schon nach dieser allgemeinen Überlegung den Arbeitgeber die aus dem besonderen Berufsrisiko fließende Last der Versicherung, muß ihm um so mehr die Verpflichtung auferlegt werden, auf seine Kosten jene Schäden zu begleichen, welche durch die Rationalisierung entstehen. Die Rationalisierung führt einerseits zu einer Vergrößerung der Unfallsgefahr und zu vorzeitiger Invalidisierung und anderseits zu Massenentlassungen. Diese Entlassungen betreffen in erster Reihe ältere Arbeiter, welche noch mehrere Jahre arbeiten könnten und wollten, jedoch nach erfolgter Entlassung die Invalidenrente mit Erfolg beanspruchen. Hierdurch entsteht ein enormer Zuwachs an Rentnern bei gleichzeitigem rapiden Schwund der aktiven Mitglieder, welche Tatsache in dem Verhältnis zwischen der Zahl der aktiven Mitglieder und der Zahl der Renteneinheiten am besten zum Ausdrucke kommt. Mit Rücksicht auf das Leistungsschema kommen in der Čechoslovakei zwei Witwenrenten oder sechs Waisenrenten gleich einer Renteneinheit, während in Deutschland 5 Witwenrenten gleichkommen 3 Renteneinheiten und 5 Waisenrenten einer Renteneinheit. Es entfielen auf eine Renteneinheit:

	Im Ostrau-Karwiner Bergreviere	In der Čechoslovakei	In Deutschland
Ende 1924	3.59	2.84	4.22
Ende 1932	1.91	1.61	1.61

aktive Mitglieder.

Die Verhältnisse haben sich im Laufe des Jahres 1933 noch wesentlich verschlimmert, doch liegen bisher abschließende Daten nicht vor.

Die Entwicklung der Versicherung der Bergarbeiter ist einer der vielen schlagenden Beweise dafür, daß die Rationalisierung, deren Nutzen vom Gesichtspunkte der menschlichen Gesellschaft in nichts anderem als in der Ersparung von menschlicher Arbeit bestehen kann, in ihrer heutigen Form der Menschheit keinen Nutzen bringt, sondern nur Schaden und lediglich Einzelnen dient. Der Professor der Masaryk-Universität in Brünn Dr. Loevenstein folgert aus dieser Tatsache die sozialpolitische Notwendigkeit, durch gesetzgeberische Maßnahmen den Vorteil, den der Einzelne aus der Rationalisierung zum Schaden der Allgemeinheit zieht, im Interesse der Allgemeinheit wegzusteuern. Dieser gewiß richtige Gedanke bedeutet, auf

die Sozialversicherung angewendet, daß mit den aus der Rationalisierung sich ergebenden Schädigungen der Sozialversicherung die Unternehmer zu belasten sind.

Um die derzeitige Situation der Bergarbeiterversicherung besonders in Deutschland, Österreich und der Čechoslovakei vollständig zu erfassen, muß noch auf die Folgen hingewiesen werden, die sich aus dem Umstande ergeben, daß die Bergarbeiterversicherung die älteste Invalidenversicherung ist, ja in Österreich und der Čechoslovakei bis zur Überwindung der Inflationsfolgen die einzige Arbeiterinvalidenversicherung war. Als die alle Werte vernichtende Welle der Nachkriegsinflation hereinbrach, wurden alle Reserven der Bergarbeiterversicherung verschlungen. Diese aus den allgemeinen Verhältnissen sich ergebende Schädigung der Bergarbeiterversicherung muß nach dem oben angeführten, von Prof. van der Borght verfochtenen Prinzipe von der Allgemeinheit, das ist vom Staate ausgeglichen werden.

Obwohl alle Fachleute die Aufrechterhaltung der berufsgenossenschaftlichen Versicherung der Bergarbeiter mit ihrem besonderen Invaliditätsbegriff, mit dem früheren Anfalle der Altersrente und mit anderen Begünstigungen als Ausgleich des besonderen Risikos der Bergarbeit empfahlen, mehrten und mehren sich mit der Vernichtung der demokratischen Freiheiten die Angriffe gegen die selbständige berufsgenossenschaftliche Versicherung der Bergarbeiter. In dem ehemals österreichischen Teile Polens ist die Bergarbeiterversicherung schon vor mehreren Jahren sang- und klanglos eingegangen, da die Gesetzgebung sich gegenüber den Folgen der Inflation für die Versicherung vollständig passiv verhielt.

In Österreich gehörte es zu den ersten Großtaten der autoritären Regierung, durch kriegswirtschaftliche Verordnung die Sonderstellung der Bergarbeiter aufzuheben; allerdings mußte die Regierung vor dem elementaren Widerstande der Bergarbeiter wieder einige Schritte zurückweichen.

In Deutschland veröffentlichte die Regierung Papen noch anfangs 1932 eine amtliche Erklärung, daß „die Meldungen, die Reichsregierung beabsichtige, die Versicherungszweige und Träger der Sozialversicherung zu vereinigen und für sie im ganzen den einheitlichen Beitrag zu erheben, unrichtig sind; für eine Neugestaltung liege das Ziel nicht in der Vereinheitlichung, sondern in der Vereinfachung der Sozialversicherung". (Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Jahrgang 1932, Heft Nr. 2.) In der Dezembernummer des Jahrgangs 1933 der Zeitschrift „Die Reichsversicherung" wird unter den in Vorbereitung befindlichen „sozialpolitischen" Maßnahmen der Hitler-Regierung angeführt: „Gleichschaltung des Rechtes der knappschaftlichen Krankenversicherung mit dem Rechte der Reichsversicherungsordnung — Gleichschaltung des Rechtes der knappschaftlichen Pensionsversicherung mit den entsprechenden Vorschriften der Invalidenversicherung — finanzielle Entlastung des Bergbaues und der aktiven Arbeitnehmerschaft — Vereinfachung des Rechtes" — also Aufhebung der Begünstigungen der Sonderversicherung der Bergarbeiter unter der heuchlerischen Ausrede der Entlastung der Bergarbeiter und der Vereinfachung des Rechtes. Da die Versicherungsbeiträge einen Teil des Lohnes bilden, durch welchen das Risiko der Arbeit vergütet wird, bedeutet der verschämte Ausdruck „Entlastung des Bergbaues" im Programme der Hitler-Regierung nichts anderes als Prämiierung der Grubenbesitzer dadurch, daß die Hitler-Regierung ihnen die Vergütung des Risikos der Bergarbeit schenkt und dieses besondere Risiko einzig und allein auf die Bergarbeiter abwälzt.

Auch in der Čechoslovakei waren durch einige Zeit die Stimmen etwas lauter geworden, welche im Interesse „der Entlastung des Bergbaues" die Aufhebung der Sonderversicherung der Bergarbeiter forderten. Durch den Widerstand der organisierten Bergarbeiter wurden diese Stimmen immer leiser und verstummten unter dem Eindrucke der Grubenkatastrophe in Ossek vollständig.

Die nationalökonomische Begründung der selbständigen berufsgenossenschaftlichen Versicherung der Bergarbeiter gab — allerdings vor der Gleich-

schaltung — Ministerialdirektor im deutschen Reichsarbeitsministerium Dr. Grieser in der treffender Weise mit folgenden Worten: „Die Arbeitskraft für die Gewinnung der Steinkohle ist besonders kostbar, weil sie teuer in der Ausbildung und beschränkt in der Dauer ist. Den Bedürfnissen des Bergbaues und seiner Arbeiter genügt daher die allgemeine Invalidenversicherung nicht; sie bedarf der Ergänzung durch eine besondere Berufsversicherung. Die knappschaftliche Versicherung ist organisierte Interessengemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern, in der jeder den einen Willen haben muß, Arbeitskraft und Gesundheit der Bergarbeiter zu erhalten und zu erneuern für die Erhaltung des Bergbaues. Die Wirtschaft gibt der Versicherung die Mittel zur Durchführung und erhält von ihr die notwendige Arbeitskraft und den leistungsfähigen Nachwuchs. Die Versicherung ist für den Bergbau Pflicht und Gewinn zugleich." („Internationale Rundschau der Arbeit", Jhg. 1926, Nr. 3.)

In einer Gesellschaftsordnung, in der keine gemeinwirtschaftlichen, sondern nur privatwirtschaftliche Interessen maßgebend sind, können diese Grundsätze niemals wirkliche Anerkennung finden; **ihre praktische, tatsächliche Durchführung ist nur möglich, wenn die fundamentale Forderung der organisierten Bergarbeiter erfüllt und der gesamte Bergbau sozialisiert wird.**

Résumé.

La catastrophe de mine en Bohème qui a coûté la vie à 142 mineurs, a secoué de sa torpeur la conscience du monde, et a fait s'intéresser au sort des mineurs, même ceux qui jusqu'ici étaient restés indifférents aux questions sociales. Mais les manifestations de compassion ne doivent pas amener le mineur à cette erreur de croire que, sans une lutte systématique, il puisse espérer une amélioration de sa condition. C'est dans le but d'obtenir des moyens spéciaux de protection et une assurance spéciale de l'ouvrier mineur que cette lutte doit être conduite.

L'augmentation de la fréquence des accidents depuis les dernières années est évidemment dans un rapport étroit avec la rationalisation de l'exploitation minière. Mais cette rationalisation n'entraîne pas seulement une plus haute fréquence d'accidents, mais aussi une usure plus rapide du matériel ouvrier et l'apparition de nouvelles maladies professionelles.

Depuis de longues années l'organisation des mineurs tend tous ses efforts vers une réforme de l'inspection des mines pour laquelle elle pose les principes fondamentaux suivants: Il sera crée un office spécial d'inspection des mines; cet office sera muni des pouvoirs les plus étendus; il sera nommé sur la proposition des syndicats, un nombre suffisant d'inspecteurs des mines, sortant des rangs des mineurs, il sera accordé aux mineurs en fonction une certaine influence sur la mis en oeuvre de l'inspection des mines.

Par suite du danger particulièrement grand d'accidents de maladie et d'invalidité qui comporte l'exploitation minière, les mineurs se sont fait l'avant-garde dans la lutte en vue de l'assurance ouvriere.

C'est aux entrepreneurs de supporter les dommages causés par la rationalisation.

Ce principe avec ses conséquences ne pourra, de fait, être mis en pratique, que si les prétentions fondamentales des mineurs organisés sont réalisées, et que l'exploitation des mines est socialisée.

Výtah:

Důlní katastrofa v Oseku v Čechách, při které zahynulo 142 horníků, pohnula světovým svědomím a upozornila i méně interesované vrstvy na osud horníků.

Tvrzení, že úrazovost v báňském průmyslu v posledních letech stále klesá, jest nepravdivé. Statistiky ukazují, že poměrně na mnohem menší počet skutečně vykonaných směn připadá stále větší

množství těžkých a smrtelných úrazů. Vzestup úrazovosti souvisí zajisté s postupující racionalisací, která má však zároveň za následek i rychlejší opotřebení pracovní síly a vznik nových nemocí z povolání. Proto si musí organisované hornictvo vymáhat účinnou ochranu a klade tyto hlavní požadavky: zřízení zvláštního úřadu pro báňskou inspekci, vybavení tohoto úřadu dalekosáhlou pravomocí, jmenování náležitého počtu báňských inspektorů z řad horníků k návrhu odborových organisací, přiměřený vliv činných horníků na provádění báňské inspekce.

Pro zvláštní úrazovost, nemocnost a invalidnost svého průmyslu byli horníci průkopníky v boji o dělnické pojištění. Pokusy o zrušení odborového pojištění horníků pod heslem o „odbourání sociálních břemen" jsou nespravedlivé, neboť sociální břemeno nebylo způsobeno pojištěním, nýbrž onemocněním a předčasným vysílením. Pojištění je nejlepším dosud objeveným prostředkem k úhradě sociálního zatížení. (Mezinár. ročenka pro sociální politiku za rok 1931.)

Náklady pojištění má nésti stát, a to potud, pokud nebezpečí úrazu plyne za všeobecných poměrů sociálních, hygienických a zdravotních, jak praví prof. van der Borght. Škody, způsobené racionalisací, má hradit zaměstnavatel, neboť tato poškozuje veškerenstvo, ale slouží jednotlivcům.

Tuto zásadu s jejími důsledky lze však skutečně provésti pouze pro splnění základního požadavku organisovaných horníků, aby všechny báňské podniky byly socialisovány.

Greuelnachrichten.

Im „Deutschen Ärzteblatt" schreibt Dr. Kurt Klare, Scheidegg, über das „Internationale Ärztliche Bulletin":

„Als Beauftragter für die deutsche medizinische Fachpresse habe ich mich daran gewöhnen müssen, Haßgesänge der Kreise zu ertragen, die wir Nationalsozialisten für ungeeignet halten, sich als Wortführer der Deutschen aufzuspielen. Als „Neujahrsgruß" bringt mir nun die Post aus Prag das erste Heft des Zentralorgans sozialistischer Ärzte, die in der Čechoslovakei ihre Zelte aufgeschlagen haben und die von dort aus ihre Giftkübel über das neue Deutschland ausgießen. Daß sich die Herren auch mit meiner Person befassen, ehrt mich und zeigt mir, daß ich auf dem rechten Wege bin. Doch das nur nebenbei — wir wollen den Dreckkübel alias „Internationales Ärztliches Bulletin" etwas näher untersuchen, weil es immer lehrreich ist, den Gegner so ganz ohne Maske — sagen wir ruhig — ganz im Hemd zu sehen."

In diesem Tone gehen die Ausführungen des Herrn Beauftragten weiter. Zu unserer freudigen Überraschung werden auch einige Stellen aus unserer Antwort an Sauerbruch zitiert. Nie hätten wir solche Hilfe erhofft! Die Zitate sind zwar sehr unvollständig, durch Weglassungen stark abgeschwächt — aber doch, welch einen Dienst erweist uns Herr Dr. Klare durch die auch nur gekürzte Wiedergabe unserer Anklage! Für diese unerwartete Unterstützung verzeihen wir ihm gern, daß er hinter unsere Anklage der herrschenden Machthaber, die ihre politischen Gegner ver-

leumden und sie jeder Möglichkeit einer Abwehr und Rechtfertigung berauben, die dumme und dreiste Einfügung hinzusetzt: „Nach der Parole ‚Haltet den Dieb!'."

Herr Dr. Klare fährt fort: „Unterzeichnet ist dieser Haßgesang Ahasvers für den „Verein der Deutschen sozialdemokratischen Ärzte in der Čechoslovakischen Republik" durch Senator Dr. Arnold Holitscher, der auch als Schriftleiter der Zeitschrift fungiert, Prof. Dr. Oskar Fischer, Privatdozent Dr. Theodor Gruschka. Eine „Liste von Professoren der Medizin und von medizinischen Forschern, die von der Hitler-Regierung als minderwertig beurlaubt, in den Ruhestand versetzt, oder verhaftet wurden", vervollständigt das erste „Internationale Ärztliche Bulletin". Im ganzen betrachtet stellen wir fest, daß das „Internationale Ärztliche Bulletin" die alte Lügenwalze, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen, auf den gleichen Ton gestimmt, ablaufen läßt. Das Waih-Geschrei dieser „Emigranten" ob des Niedergangs der „deutschen Kultur" erschüttert uns nicht, diese Herren dürfen versichert sein, daß wir ihnen scharf auf die Finger sehen werden, auch wenn sie ihre Giftpfeile aus dem sicheren Port ihres neuen Asyls schießen. (Scheidegg im Allgäu.)"

Dieser Drohung folgt eine weitere, in der noch deutlicher gesprochen wird:

„Ein Stück des „Internationalen Ärztlichen Bulletins", Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialisticher Ärzte" hat auch uns vorgelegen. Wir konnten feststellen, daß das Blatt in seiner äußeren Gestaltung, in seiner Stoffanordnung und vor allen Dingen in seiner ganzen Tendenz außerordentlich große Ähnlichkeit mit dem Organ des ehemaligen „Vereines sozialistischer Ärzte" darstellt. Es ist sogar anzunehmen, daß das jetzt als internationale Zeitschrift erscheinende Blatt tatsächlich die unmittelbare Fortsetzung des „Sozialistischen Arztes" darstellt, zumal der „Verein sozialistischer Ärzte" ebenfalls eine Untergliederung der „Internationalen Vereinigung sozialistischer Ärzte" war. Es ist für uns besonders bemerkenswert, daß das „Internationale Ärztliche Bulletin" Nachrichten aus Deutschland empfangen und verwendet hat, und zwar Nachrichten, deren Inhalt als unzutreffend leicht zu beweisen ist. Die Herausgeber des „Internationalen Ärztlichen Bulletins" leisten jedenfalls denjenigen Ärzten, die in der Vergangenheit dem „Verein sozialistischer Ärzte" angehört haben, einen schlechten Dienst. Bei diesen Ärzten ist nämlich zu entscheiden, ob sie sich auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum „Verein sozialistischer Ärzte" im kommunistischen Sinne betätigt haben. Eine ganz besonders scharfe Nachprüfung ist jedenfalls angesichts der jetzt zu beobachtenden Zusammenhänge dringend erforderlich. Die davon betroffenen Ärzte mögen sich dafür bei den Herausgebern des „Internationalen Ärztlichen Bulletins" und bei den in Deutschland sitzenden Denunzianten bedanken, die mit Hilfe dieses Blattes Landesverrat an Deutschland üben. — D. S."

Kann es einen schauerlicheren Beweis für den „Niedergang der deutschen Kultur" geben, von dem Herr Dr. Klare höhnend spricht, als diese Drohung? Das „I. Ä. B." hat im ersten Hefte nur Meldungen aus dem Gebiete des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft des Dritten Reiches wiedergegeben, die veröffentlicht waren, zum Teil deutschen Zeitschriften entnommen sind. Diese Berichterstattung ist ein bescheidener Beitrag zu der Verbreitung nationalsozialistischer Auffassungen, Kundgebungen und Leistungen, was den Herren des Dritten Reiches offenbar

sehr peinlich ist. Die Schriftleitung des „Deutschen Ärzteblattes" behauptet, daß „Denunzianten" uns versorgen und damit Landesverrat üben. Nehmen wir an, wir hätten unser Material wirklich von Freunden aus Deutschland erhalten — eine unnötige Unbequemlichkeit, da uns die nötigen Zeitschriften einfacher zugänglich sind — wäre es Denunziation, Landesverrat, uns deutsche Literatur zu schicken? Und für dieses Verbrechen will man nicht die vermuteten Schuldigen suchen, sondern Unbeteiligte quälen, die sich bei uns und den „in Deutschland sitzenden Denunzianten" bedanken sollen. Nein, solche Greuel können nicht erfunden werden! Bekundungen einer barbarischen Gesinnung, wie sie aus diesen zynischen Drohungen spricht, zu erfinden, dazu fehlt es uns an Menschenverachtung. Nie würden wir solches für möglich gehalten haben. Die Welt, die wir kennen und verstehen, ist eine andere als jene, in der man die Bedrohung unbeteiligter Geiseln als Zwangsmittel gebraucht.

Den Opfern dieser Kerkermeister gilt unser heißestes Mitgefühl. Wir würden ihnen aber nicht helfen oder sie vor weiterer Unbill bewahren, wenn wir uns einschüchtern ließen und verstummten. Dadurch würden wir ja den Peinigern nur Mut zu neuen Grausamkeiten machen.

Nein, wir werden das traurige Amt, die Schande unserer Zeit zu zeigen, nicht aufgeben. Wir werden also auch weiter die Greuelnachrichten, die über die Grenzen kommen, wiedergeben. Diese Greuelmeldungen sind nicht boshafte Erfindungen von Marxisten und Juden, sondern die Veröffentlichungen und Befehle der Führer, Bevollmächtigten und Beauftragten, also all der knechtischen Knechter, die mit Schaftstiefeln und Stahlruten in die Medizin eingebrochen sind. Wir werden dafür sorgen, daß die Welt nicht irre gemacht wird durch den von den gerissenen Propagandisten in den Vordergrund gestellten Prof. Sauerbruch, der von Mitleid, Hilfsbereitschaft, menschlicher Bindung und Kulturverbundenheit der Völker spricht, sondern die wahren Repräsentanten der national umbrochenen Medizin kennen lernt. Die Welt soll sie sehen — wie sagt doch Herr Dr. Klare? — ganz ohne Maske, ganz im Hemd. Im Braunhemd.

So reagieren sie!

Die erste Nummer des „Intern. Ärztl. Bulletin" hat in einem großen Teil der Zeitungen und Zeitschriften in den verschiedenen Ländern eine starke Resonanz gefunden. Namentlich in der sozialistischen Presse wird darauf hingewiesen, wie notwendig eine solche Streitschrift für den Sozialismus im Kampfe gegen den barbarischen und kulturwidrigen Faschismus ist. Wie nicht anders zu erwarten ist, setzt sich die reichsdeutsche Fachpresse in der vom Propagandaministerium geforderten Weise mit dem I. Ä. B. aus-

einander. Es seien einige Pressestimmen zur Kenntnis unserer Leser gebracht. Siehe auch den Artikel „Greuelnachrichten".

Die „Münchner Mediz. Wochenschrift" vom 12. Januar 1934 schreibt u. a. wörtlich: „Es ist verständlich, daß in diesem Blatte alles auf den Kampf gegen das aufstrebende nationalsozialistische Deutschland eingestellt ist, daß dieser Kampf aber mit den schmutzigsten Waffen der Lüge, Verdrehung und Verleumdung geführt wird, ist abstoßend. Eine Probe aus dem Vorwort „Ce que nous voulons!" genügt zur Beurteilung: „Die Hitlerregierung hat Tausende gemordet und gefoltert, viele Zehntausende eingekerkert."

So ahnungslos können die Redakteure der „Münchner Med. Wochenschrift" unmöglich sein, die in der ganzen Welt anerkannten Tatsachen als Lüge und Verleumdung hinzustellen. Die Mitglieder und Funktionäre der Linksparteien und unpolitische Juden wurden und werden zu vielen Tausenden in den S.-A.-Kasernen und Konzentrationslagern physisch und moralisch mißhandelt, mit Stahlruten und Gummiknüppeln gepeinigt. Unzählige namenlose Arbeiter wurden ermordet. Einige Fälle von Prominenten haben das Entsetzen der Kulturwelt hervorgerufen. Wir nennen nur einige Namen: Rechtsanwalt Dr. Joachim, Verteidiger in Reichsbannerprozessen, Rechtsanwalt Dr. Ernst Eckstein, den Führer der Sozialistischen Arbeiterpartei in Breslau, die Reichstagsabgeordneten Schütz und Stelling, den Schriftsteller Felix Fechenbach. Noch seltsamer ist es, leugnen zu wollen, daß Zehntausende in den etwa 50 Konzentrationslagern eingekerkert und gefoltert werden. Sie müssen sich dort unter entsetzlichen Qualen einer „nationalen Erziehungskur" durch S.-A.- und S.-S.-Mannschaften unterziehen.

Das „Gr. Berliner Ärzteblatt", dessen haßerfüllte Artikel überall berüchtigt sind, veröffentlicht den nachstehenden Artikel des verantwortlichen Schriftleiters Dr. F. Dörbeck:

Die Wühlarbeit der sozialistischen Ärzte.

Der Schriftleitung ist eine Zeitschrift zugeschickt worden unter dem Titel „Internationales Ärztliches Bulletin, Zentralorgan der internationalen Vereinigung sozialistischer Ärzte". Das Blatt wird in Prag herausgegeben, als Schriftleiter zeichnen Senator Dr. Arnold Holitscher und Dr. Augustin Turek. Ständige Mitarbeiter sind Max Adler, Henri Barbusse, Gregor Bienstock, Heinrich Fischer, Louis Fischer, Hellmut v. Gerlach (!), E. J. Gumbel (!), Leo Lania, Heinrich Mann (!), Ignazio Silone, Willi Schlamm, Ernst Toller (!!), Leo Trotzki (!).

Eigentlich genügt schon die Nennung dieser Namen, um die Tendenz und Richtung dieses sozialistisch-jüdischen oder jüdisch-sozialistischen Machwerks zu kennzeichnen. Der Inhalt ist auch dementsprechend. Das Blatt richtet sich gegen alles, was deutsch, national, vaterländisch ist, wiederholt die von den aus Deutschland ausgewanderten Juden immer wieder verbreiteten Greuelmärchen über die Folterung und Ermordung von „Tausenden" durch die nationalsozialistische Regierung und setzt sich zum Ziele „das Vordringen des Hitlerregimes, der Todfeinde des Proletariats, über die Grenzen hinweg zu hemmen, die Gefahren des Faschismus für die ganze Arbeiterklasse aufzuzeigen usw.". Es hat keinen Zweck, alle die verlogenen und abgedroschenen Phrasen über den

Kampf für das Proletariat, gegen den Kapitalismus, für den Frieden, gegen die angeblich unwürdige Behandlung „einzelner Volksgruppen" usw. usw. zu wiederholen. Ebenso wenig lohnt es, die bewußt erlogenen Berichte über die Nazi-Greuel zu widerlegen, denn die Verbreiter dieser Berichte wissen ja selbst, daß sie von ihnen erlogen sind. Es muß nur darauf hingewiesen werden, daß diese in der Fremde sitzenden, schreibenden, verleumdenden und hetzenden Feinde des deutschen Volkes in Deutschland noch viele Gesinnungs- und Rassegenossen haben, die ihre Wühlarbeit unterstützen und mit Behagen solche Pamphlete wie das vorliegende genießen. Zu erwähnen wäre noch die im Blatt veröffentlichte Liste der Professoren und „Forscher", deren Tätigkeit durch die „Hitler-Regierung" ein Ende gemacht worden ist. Während jeder anständige Deutsche sich beim Lesen dieser Namen nur freuen muß, daß sie aus den deutschen Hochschulen und deutschen Zeitschriften verschwunden sind, wird hier das Ausscheiden solcher „Forscher" wie Chajes und Magnus Hirschfeld mit Bedauern erwähnt. Wie üblich, werden die „Nazi-Ärzte" Kurt Klare, Martin Claus beschimpft, von Dr. Conti wird behauptet, er habe in seiner Ansprache in der „Berliner Medizinischen Gesellschaft" verkündet, „daß Wissenschaft und ärztliche Kunst den Nazis zu dienen haben"! Abgesehen davon, daß dies eine absolute Unwahrheit ist, ist es töricht, einen solchen unsinnigen Ausspruch dem Führer der Berliner nationalsozialistischen Ärzte in den Mund zu legen. Wenn die jüdisch-sozialistischen Ärzte lügen wollen, so sollten sie es doch etwas geschickter tun. In diesem Machwerk liegen ihre Lügen klar zutage, und es ist klar, daß alle diese Verleumdungen und Schmähungen nur ein Ausdruck der Enttäuschung und des Ärgers darüber sind, daß es diesen gesinnungslosen Subjekten nicht gelungen ist, ihr Werk der Zersetzung des deutschen Volkes und der Zerstörung der nationalen Einheit durchzuführen. „Zeitschriften", wie die vorliegende, die von Deutschland aus bedient werden, weisen von neuem auf die Notwendigkeit hin, die Bereinigung der deutschen Ärzteschaft und des deutschen Schrifttums energisch weiterzuführen mit dem Ziele der vollständigen Ausmerzung der Juden und Marxisten.

Zunächst begeht Herr Dörbeck die Fälschung, eine Reihe von Autoren als ständige Mitarbeiter des I. Ä. B. zu nennen, die ohne Ausnahme Nichtärzte sind und die keine Zeile für unsere Zeitschrift geschrieben haben. Skrupellos sind die Namen einem Inserat der „Weltbühne" in der 1. Nummer des „Bulletin" entnommen worden. Über die angebliche Greuelpropaganda haben wir oben schon das Notwendige gesagt. Die Offene Antwort an Prof. Sauerbruch, unterzeichnet von angesehenen Kollegen des Auslands, verschweigt das Blatt völlig. Wir sollen Dr. Conti Äußerungen in den Mund gelegt haben, die er nicht getan hat. In der „Münchner Mediz. Wochenschrift" vom 1. Dez. 1933 heißt es wörtlich von der Ansprache Contis:

> „Mit wenigen Worten weist Herr Dr. Conti darauf hin, daß die Gesellschaft seit dem Umsturz erstmalig zu gemeinsamer Arbeit tagt. Das oberste Gesetz muß sein, daß sich Wissenschaft und ärztliche Kunst tatkräftig in den Dienst der Regierung stellen."

Herr Dörbeck und seine „anständigen Deutschen" freuen sich bei der Lektüre der von uns veröffentlichten Liste der fortgejagten Professoren und Forscher, daß sie aus den deutschen Hochschulen und Zeitschriften verschwunden sind. Ernster zu nehmende Beurteiler, auch im heutigen Deutschland, haben zum

Ausdruck gebracht, daß die deutsche medizinische Wissenschaft nicht zuletzt durch solche Forscher, wie v. Bayer, Blumenthal, Borchardt, Goldstein, Klemperer, Roesle, Teleky, Zondek, sich auf einem hohen Niveau befunden habe und in der ganzen Welt geschätzt wurde. Den Absturz sieht man schon jetzt in der Fachpresse. Und welchen Tiefstand gar die Standespresse erreicht hat, davon zeugt jede Ausgabe des „Gr. Berliner Ärzteblattes" unter der Leitung des Dr. Dörbeck und seiner Gesinnungsfreunde!

Rundschau

Meidet die wissenschaftlichen Kongresse Deutschlands!

Im Einvernehmen mit den Ministerien hat die Stadt Berlin unter Führung des nationalsozialistischen kommissarischen Stadtmedizinalrats Dr. Klein, eine Akademie für ärztliche Fortbildung errichtet. Teilnahmsberechtigt sind Hörer arischer Abstammung. Anträge nichtarischer Ausländer werden von Fall zu Fall entschieden. Diese Bestimmung und darüber hinaus die menschliche Solidarität mit den zahllosen Märtyrern, mit den Gefolterten und Gepeinigten in Hitler-Deutschland sollte alle freiheitlich denkenden Kollegen im Ausland veranlassen, den wenigen sog. wissenschaftlichen Kongressen in Wiesbaden, Kissingen und Münster fernzubleiben. Unsere Freunde werden gebeten, diesem Appell in allen Ländern die größte Resonanz zu verschaffen.

Die medizinische Presse in Deutschland

Nach einer Meldung des Organs des Hartmannbundes „Deutsches Ärzteblatt" fand zwischen Vertretern des Buchhandels und der Ärzteschaft eine Besprechung statt. Die medizinischen und naturwissenschaftlichen Zeitschriften sollen künftig im Umfang verkleinert und im Preise herabgesetzt werden. Auf diese Weise soll der Absatz im In- und Auslande gehoben werden. Die Zahl der Fachzeitschriften, die in Betracht kommen, wird auf etwa 2000 geschätzt. Schon jetzt sind nach der Mitteilung des Blattes bereits 200 Zeitschriften eingegangen und haben rund 15.000 Personen brotlos gemacht. Uns scheint, daß die Verbilligung den Massenabbestellungen nicht Halt gebieten kann. Der Boykott ernsthafter Leser und Abonnenten wird so lange dauern, wie in den deutschen Zeitschriften die Wissenschaft ersetzt ist durch die unsinnigen Rassentheorien, durch Proklamationen des Führers und seiner Stellvertreter und durch militaristische Propaganda.

Die »Berliner Medizinische Gesellschaft«

Aus der gleichgeschalteten Berliner Mediz. Gesellschaft, über die wir in Nr. 1 des I. Ä. B. berichtet haben, sind bisher 88 Mitglieder formell ausgetreten und 45 Mitglieder sind gestrichen worden wegen nichtbezahlter Beiträge. Außerdem liegen noch 34 unerledigte Austrittserklärungen vor. Wie der kommissarisch eingesetzte Vorsitzende — Geh.-Rat Goldscheider und andere Vorstandsmitglieder haben ihre Ämter niedergelegt — mitteilte, ist durch den Rückgang der Mitgliederzahl die Kasse erheblich geschwächt. Von den etwa 6000 in Berlin praktizierenden Ärzten gehören schon jetzt nur noch 1400 der ehedem so angesehenen Gesellschaft an.

Eine Berichtigung

Herr Prof. Dr. med. Martin Vogel-Dresden legt in einer Zuschrift an das „Intern. Ärztl. Bulletin" Wert auf die Feststellung, daß sein Ausscheiden aus dem Deutschen Hygiene-Museum bereits vor der Hitler-Regierung und ohne Zusammenhang mit ihr beschlossen war. Vogel fügt noch das folgende „Bekenntnis" hinzu: „Ich stehe auch durchaus auf dem Boden der nationalen Regierung und bin der Meinung, daß jeder unparteiische, insbesondere jeder sozial denkende Arzt, der über die wirkliche Lage unterrichtet ist, die gewaltigen Leistungen anerkennen muß, die die Regierung Adolf Hitlers in so kurzer Zeit vor allem auf sozialem Gebiet vollbracht hat."

Wir nehmen Kenntnis davon, daß Prof. Dr. Vogel zu denen gehört, die ihre Gesinnung über Bord geworfen haben. Er hat Aussicht, noch ein ganz vollwertiger „Volksgenosse" zu werden, wofern die Machthaber ihm seine bessere Vergangenheit verzeihen wollen.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Stärkt den Pressefonds!

Das I. Ä. B. hat bei Kollegen und Genossen einen freudigen Widerhall gefunden. Nun gilt es, die Zeitschrift zu erhalten und auszubauen. Wir sind allein auf die Opferfreudigkeit unserer Freunde angewiesen. Werbt in allen Ländern unermüdlich neue Abonnenten, damit die Auflage weiter gesteigert werden kann! Sammelt überall für den Pressefonds!

1. Quittung

Bisher gingen an außerordentlichen Spenden ein: Verein der deutschen sozialdem. Ärzte in der Č.S.R. Kč 1800.—; Norwegische Sektion Kč 390.—; Dr. K. N. Kč 100.—; Dr. O. L. Kč 100.—. Zusammen Kč 2390.—.

Schweiz

Auf einer Konferenz der Schweizer Sektion, die in Olten stattfand, wurden einige wichtige Beschlüsse gefaßt. Der Vorstand wurde beauftragt, bei dem Völkerbund in Genf gegen die Verfolgung der akademischen Lehrer und der Mitglieder freier akademischer Berufe durch die gegenwärtige deutsche Regierung zu protestieren. Einstimmig wurde ferner beschlossen, Vorschläge zur Frage des Boykotts deutscher pharmazeutischer Erzeugnisse auszuarbeiten und mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen in Verbindung zu treten. Der Schweizer Bundesrat wurde ersucht, von der geplanten Belastung der alkoholfreien Getränke abzusehen. Eine weitere Eingabe an das Gesundheitsamt der Stadt Zürich betrifft die Ehe- und Sexualberatungsstelle, bei der bisher die ärztliche Mithilfe ausgeschaltet ist.

Eine engere Fühlungnahme soll mit den sozialistischen Ärzteorganisationen des Auslands und mit den Studentengruppen erstrebt werden. Die nächste Ärzte-Tagung unter Hinzuziehung der Gesundheitsbehörden und anderer Organisationen ist für Mai 1934 in Zürich vorgesehen.

Bücher und Zeitschriften

The International Nursing Review

Vol. VII., Nr. 5. Genf, 14 Quai des Eaux-Vives. Diese Weltrundschau der Krankenpflege bringt in dem vorliegenden Band u. a. einen Aufsatz von Georges Forestier, dem Sekretär der Gesundheitssektion im Völkerbund, über „Gesundheitspolitik auf dem Lande und soziale Fürsorge". In der Rubrik „Current events of international interest" finden wir Nachrichten über den Stand der Krankenpflege in verschiedenen Ländern.

Lothar Frei: Deutschland wohin?

Europa-Verlag, Zürich. Cart. fr. 3.—. Der Verfasser schildert im ersten Teil die Todesursache der deutschen Republik. Die Führung der mächtigen Arbeiterbewegung zeigt sich der Stunde nicht gewachsen. Sie steuert in die Katastrophe. Im zweiten Teil wird der Prozeß der Gleichschaltung dargestellt. Die Kapitulation der freien Gewerkschaften wird eingehend behandelt. Sie waren bereit, sich nach faschistischem Muster verstaatlichen zu lassen, wenn man nur ihren Bestand garantierte. Das Protokoll der Besprechung zwischen führenden Mitgliedern der NSBO und mehreren Vorstandsmitgliedern des ADGB. darf besonderes Interesse beanspruchen. Das Schlußkapitel will eine positive Aufnahmestellung für den Tag zeigen, an dem die verwirrten Massen in ihrem Glauben an die Erlöserkraft Hitlers erschüttert sein werden. Die aktiven antifaschistischen Kräfte wollen eine neue Front, unbelastet von den zusammengebrochenen alten Parteien, die für die Katastrophe der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich sind.

Das Erbgericht - Betrachtungen zum deutschen Sterilisationsgesetz von Dr. Magnus Hirschfeld

Die Sammlung. I. Jahrgang, 6. Heft, Querido-Verlag, Amsterdam.

Gen. Dr. Hirschfeld gibt als hervorragender Sachkenner in dem vorliegenden Aufsatz eine Analyse des Gesetzes über die Zwangssterilisation, das am 1. Januar d. J. in Deutschland in Kraft getreten ist. Er betont mit vollem Recht: was in den gütigen Händen von Ärzten weiser Mäßigung zum Segen werden kann, verwandelt ein von Übereifer, Fanatismus und Vorurteilen beseelter Wille allzu leicht in das Gegenteil. Der Verfasser setzt sich mit den bisherigen acht Indikationen für die Zwangssterilisation im einzelnen auseinander: mit dem weiten und vagen Begriff des angeborenen Schwachsinns, mit der Schizophrenie, mit dem manisch-depressiven Irresein, mit der Epilepsie. Hier erwähnt er die Epileptiker vom Range eines Mohamed, Napoleon und Dostojewski. Das Gesetz läßt die Gruppe aus, von der mit Recht anzunehmen ist, daß sie eine der Hauptursachen der Epilepsie ist: der schwere Alkoholismus. Hirschfeld gibt einen Überblick über die junge Geschichte der Sterilisationsbewegung und ihre Hauptbefürworter im früheren Deutschland. Die Gefahr des größten Mißbrauches, sei gegeben, soll doch als neues Sittlichkeitsverbrechen auch „Rassenverrat" eingeführt werden. Der Verfasser weist darauf hin, daß Deutschland lange vor Hitler eine Einrichtung besaß, die eugenische Ziele verfolgte: die Ehe- und Sexualberatungsstellen, die von den Nazis geschlossen wurden. In dem sehr beachtenswerten Aufsatz entscheidet sich Magnus Hirschfeld statt des Erbgerichtes für Eheberatung. Denn Wissenschaft, Bildung und eigene Erkenntnis sind nicht nur menschenwürdiger, sondern auch machtvoller und erfolgreicher als Zwang, Gewalt und Erbgericht.

Silv.

Neuerscheinungen

Konrad Heiden: Die Geburt des Dritten Reiches, Europa-Verlag, Zürich.

Ernst Toller: Eine Jugend in Deutschland, Querido-Verlag, Amsterdam.

Ignazio Silone: Der Faschismus, Europa-Verlag, Zürich.

Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, Verlag für Sexualpolitik, Kopenhagen.

Wilhelm Herzog: Der Kampf einer Republik. Die Affaire Dreyfus, Dokumente und Tatsachen, Europa-Verlag, Zürich.

Gerhart Seger: Oranienburg, Verlag Graphia, Karlsbad.

Magnus Hirschfeld: Die Weltreise eines Sexualforschers, Böberg-Verlag, Brügg, Schweiz.

Verantwortlicher Redakteur: MUDr. Augustin Turek, Praha - Druck der Buchdruckerei Solidarita, Praha XII., Čáslavská 15 - Alle Zuschriften, Bestellungen und Rezensionsexemplare an diese Adresse - Zum Postversand mit Zeitungsmarken zugelassen durch Verfügung der Prager Postdirektion Nr. 315.614/VII. 1933.

BRIEFKASTEN

H. L. Nach hiesigen Pressemeldungen ist das „Intern. Ärztl. Bulletin" bis auf Weiteres in Deutschland verboten worden. Wir haben nicht geglaubt, daß die Geheime Staatspolizei an der Verbreitung unserer Zeitschrift interessiert ist.

X. Y. Wir danken den wenigen mutigen „gleichgeschalteten" Professoren, die uns auf einem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ihre Sympathie für das I. Ä. B. ausgesprochen haben. Mehr kann man im Augenblick von ihnen nicht verlangen. Diese Tatsache zeigt zusammen mit manchen anderen Erscheinungen, daß die Gewalt äußerlich noch alle Widerstände niederhalten kann, daß der freiheitliche Geist auch nicht bei allen „deutschblütigen" Professoren geschwunden ist.

Dr. B. Die deutsche Ärzteschaft ist in Erregung angesichts des Wohlwollens, das die Hakenkreuzler für die „Heilpraktiker" zeigen. Für die deutschen Kollegen ist das Ergebnis einer Rundfrage besonders interessant, das Prof. H. Fischer-Würzburg vor einigen Jahren veröffentlicht hat. Von 193 Ländern hatten 13 kein Gesetz, das die Ausübung der Heilkunde betrifft. In diesen Ländern bestand mangels fast jeder das Sanitätswesen betreffenden Gesetzgebung uneingeschränkte Kurierfreiheit. Es sind dies: China, Indien, Persien, Uganda, Sansibar, Somaliland, die Cayman-Inseln, die Ost- und Westküste Afrikas, Britisch-Neuguinea, Wei-hai-Wei, Marokko und Abessinien. Eine durch ungenügende Bestimmungen beschränkte Kurierfreiheit haben außerdem: Ceylon, Südaustralien, Barbados, die Falkland-Inseln. Von den 25 Schweizer Kantonen besitzt allein Appenzell Kurierfreiheit.

A. R. Unser Genosse Prof. Dr. Szymanowski hat bereits im Oktober 1933 in der „Warszawskie Csasopismo lekarskie" (Warschauer Ärztl. Zeitschrift) dem Prof. Sauerbruch und seinem „Bund der deutschen Sicherheit" mit aller Deutlichkeit geantwortet.

Kollege G. — Wien. Sie kritisieren mit Recht die Wiener medizinische Presse, die für materielle und kleinliche „Standesfragen" stets Raum zur Verfügung hat, aber niemals auch nur mit einem Worte zu den Zuständen in der reichsdeutschen Ärzteschaft und in den medizinischen Verlagen Stellung genommen hat. Es müßte Aufgabe der zahlreichen andersdenkenden österreichischen Kollegen sein, gegen diese, durch Nazi-Sympathie oder durch Feigheit bedingte Abstinenzpolitik der Standesführung nachdrücklichst Protest zu erheben.

Dieser Nummer liegen Erlagscheine bei. Wir bitten unsere Abonnenten in ČSR., die Bezugsgebühren (Kč 30.- + Porti), mögl. umgehend einzuzahlen. Die ausländischen Freunde zahlen am besten durch Scheck oder Überweisung an das Bankkonto der Böhm. Escompte-Bank und Credit-Anstalt (f. d. Zeitschrift „Int. Ärztl. Bulletin").

Hiedurch abonniere ich die Zeitschrift das „Internationale Ärztliche Bulletin" für ein Viertel-, Halbjahr, Jahr

Name:

Adresse:

Land:

Zahlungen auf das Postsparkassenkonto, Praha Nr. 51.041 der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt (Zeitschrift „Internationales Ärztliches Bulletin") oder durch Scheck und internationale Postwertzeichen